

Bewerbungsverfahren - Information gem. Artikel 13 DSGVO

Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg
Dezernat IV – Personalangelegenheiten
Holstenhofweg 85
22043 Hamburg

Telefon: 040 / 6541 - 2829
E-Mail: terweyp@hsu-hh.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Beauftragte für den Datenschutz in der Bundeswehr (BfDBw)
Bundesministerium der Verteidigung, R II 4
Fontainengraben 150, 53123 Bonn
E-Mail: BMVgRII4@bmvg.bund.de
Tel. 01888 12 13 940 oder 01888 12 13 942

Sie können sich auch wenden an:

Administrative Datenschutzbeauftragte der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg (ADSB HSU/UniBw H)
Zentrale Verwaltung
Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg
Telefon: 040 / 6541 – 2131 E-Mail: adsbunibwh@bundeswehr.org

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen:

Die personenbezogenen Daten werden zum Zweck der Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses verarbeitet.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung:

Artikel 88 DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 1 BDSG – für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer
§ 106 BBG – für Beamte

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Die Daten werden im Bewerbungsverfahren von den zuständigen bewerbungsbearbeitenden Stellen verarbeitet.

Absicht, die personenbezogenen Daten zu übermitteln:

Es besteht keine Absicht, personenbezogene Daten zu übermitteln.

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Bewerbungsdaten werden, sofern kein Beschäftigungsverhältnis begründet wird, zurückgegeben bzw. unverzüglich gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Wird nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens ein Beschäftigungsverhältnis begründet, werden die Bewerbungsdaten in die Personalakte aufgenommen.

Bestehen eines Rechts auf Auskunft:

Nach Artikel 15 der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben betroffene Personen das Recht, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Sofern dies geschieht, sind vorgeschriebene Informationen über die Verarbeitung zu geben und ist über die Rechte Betroffener zu unterrichten.

Die Unterrichtung über die Rechte Betroffener erfolgt mit diesem Dokument.

Auskunftsersuchen richten Sie bitte an die/den Verantwortliche(n) oder die Administrative Datenschutzbeauftragte der HSU/UniBw H.

Bestehen eines Rechts auf Berichtigung:

Gem. Artikel 16 DSGVO haben betroffene Personen das Recht, unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung darf die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — verlangt werden.

Sollten Sie nicht korrekte oder unvollständige Sie betreffende Angaben entdecken, die nicht durch Sie korrigiert werden können, wenden Sie sich bitte an die/den o.g. Verantwortliche(n). Alternativ können Sie sich an die zuständige Administrative Datenschutzbeauftragte der HSU/UniBw H wenden.

Bestehen eines Rechts auf Löschung:

Gem. Artikel 17 DSGVO hat die betroffene Person das Recht zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unter bestimmten Umständen unverzüglich zu löschen. Dies trifft zu,

- wenn die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr erforderlich sind,
- wenn eine Einwilligung widerrufen wird und eine anderweitige Rechtsgrundlage fehlt,
- wenn die betroffene Person einen berechtigten Widerspruch eingelegt hat,
- wenn die personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet werden.

Bei Löschung von personenbezogenen Daten vor Abschluss des Verfahrens kann ggf. die Berücksichtigung im Verfahren nicht mehr erfolgen.

Den Antrag auf Löschung richten Sie bitte an die/den Verantwortliche(n) oder die Administrative Datenschutzbeauftragte der HSU/UniBw H.

Bestehen eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung:

Gem. Artikel 18 DSGVO hat eine betroffene Person das Recht, unter bestimmten Voraussetzungen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

Voraussetzungen:

- die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von der betroffenen Person bestritten
- die Verarbeitung ist unrechtmäßig und die betroffene Person lehnt die Löschung der personenbezogenen Daten ab

- der Verantwortliche benötigt die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger, die betroffene Person benötigt sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen
- die betroffene Person hat Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Artikel 21 Absatz 1 DSGVO eingelegt und es steht noch nicht fest, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen

In diesem Fall werden Sie gebeten zu beantragen, Ihre Daten nicht zu löschen, sondern für eine Einschränkung der Verarbeitung zu kennzeichnen. Der Antrag ist an die/den Verantwortliche(n) oder die Administrative Datenschutzbeauftragte der HSU/UniBw H zu richten.

Bestehen eines Widerspruchsrechts:

Gem. Artikel 21 DSGVO hat eine betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben e oder f erfolgt, Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet dann die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Im Bewerbungsverfahren werden personenbezogene Daten nach Artikel 6 Abs.1 e DSGVO verarbeitet, erforderlich für die Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse und in Ausübung öffentlicher Gewalt, die der HSU/ UniBw H übertragen wurde. (Die HSU/UniBw H ist eine Dienststelle der Bundeswehr und ist in Aufgaben, Struktur und Rechten nach den Maßgaben des hamburgischen Landesrechts organisiert.)

Der Widerspruch ist an die/den Verantwortliche(n) oder die Administrative Datenschutzbeauftragte der HSU/UniBw H zu richten.

Bei Widerspruch gegen Verwendung dieser Daten kann ein Beschäftigungsverhältnis nicht begründet werden.

Bestehen des Rechts auf Datenübertragbarkeit:

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gem. Artikel 20 DSGVO gibt betroffenen Personen einen Anspruch, eine Kopie der sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen und maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten.

Dieses Recht gilt nicht für die Wahrnehmung von Aufgaben, die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde. Dies trifft auf die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten durch die HSU/UniBw H zu.

Somit ist das Recht auf Datenübertragbarkeit hier nicht gegeben.

Bestehen eines Rechts, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen:

Den Widerruf für eine gegebene Einwilligung richten Sie bitte an die/den Verantwortliche(n) oder die Administrative Datenschutzbeauftragte der HSU/UniBw H.

Der Widerruf gilt mit Wirkung für die Zukunft.

Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde:

Gemäß Artikel 77 DSGVO hat jede betroffene Person das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Aufsichtsbehörde im Sinne der DSGVO sind die/der Bundesdatenschutzbeauftragte und die Landesdatenschutzbeauftragten. Für die HSU/UniBw H als Bundeswehrdienststelle ist die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit die zuständige Aufsichtsbehörde.

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Husarenstraße 30, 50117 Bonn
Telefon: 0228 – 997799-0
Fax: 0228 – 997799-550
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de

Unabhängig von dem Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde kann Beschwerde auch eingelegt werden bei der Beauftragten für den Datenschutz in der Bundeswehr (BfDBw).

Beauftragte für den Datenschutz in der Bundeswehr (BfDBw)
Bundesministerium der Verteidigung, R II 4
Fontainengraben 150, 53123 Bonn
E-Mail: BMVgRII4@bmv.g.bund.de
Tel. 01888 12 13 940 oder 01888 12 13 942

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist

- für einen Vertragsabschluss erforderlich

Folgen einer Nicht-Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Eine Nicht-Bereitstellung der personenbezogenen Daten kann zur Folge haben, dass eine Einstellung nicht vorgenommen wird.

Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung:

Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gem. Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO statt.